

1 **Antrag zur KMV am 31.3.**

2

3 **Antragssteller: Kreisvorstand**

4 **Empfänger: Bundesparteitag**

5

6 Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 soll folgenden Passus  
7 enthalten:

8

9 **Für ein Recht auf gute Arbeit – rechtzeitig, umfassend und wirkungsvoll fördern.**

10

11 Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist so gering wie zuletzt vor 25 Jahren. Jedoch stellen  
12 wir – trotz einer insgesamt rückläufigen Arbeitslosigkeit – bei der Zahl der  
13 Langzeitarbeitslosen wenig Bewegung fest.

14 Gleichzeitig stellen wir in den Unternehmen und Verwaltungen, fast durchgehend an allen  
15 Arbeitsplätzen eine zunehmende Arbeitsverdichtung fest. Die Anforderungen im  
16 Arbeitsleben haben zugenommen und verändern sich immer häufiger und schneller. War  
17 es früher in vielen Fällen so, dass weniger leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
18 trotzdem ihren Platz im Unternehmen gefunden haben, so haben wir heute die Tendenz,  
19 das Arbeitsverdichtung und Druck am Arbeitsplatz dazu führen, dass immer mehr  
20 Menschen krank werden und den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht auf die  
21 Dauer Stand halten können. Zu viele werden dauerhaft aus dem ersten Arbeitsmarkt  
22 ausgeschlossen.

23 Damit wollen wir uns nicht abfinden. Wir wollen jeder und jedem Arbeitslosen wieder eine  
24 Beschäftigungsperspektive eröffnen. Während andere nach dem bedingungslosen  
25 Grundeinkommen rufen und alles andere dem Markt überlassen wollen, haben wir den  
26 Anspruch die Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten zu gestalten und durch aktive  
27 Arbeitsmarktpolitik neue Chancen zu eröffnen.

28 Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab,

- 29 • weil es entweder zu niedrig ist, um davon gut leben zu können, oder so hoch ist,  
30 dass keine belastbare Finanzierung sichergestellt werden kann,
- 31 • weil Wirtschaft ein Teil unserer Gesellschaft ist, weil Arbeit zum Leben gehört und  
32 ein wichtiger Bestandteil von gesellschaftlicher Teilhabe ist.
- 33 • weil wir Positionen in der Gesellschaft nicht zementieren, sondern in  
34 Durchlässigkeit und Aufstieg investieren wollen.

35 Unsere Antwort auf das bedingungslose Grundeinkommen heißt Recht auf gute Arbeit.

36 Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung.

37 Und dort wo wir dieses Ziel nicht über den ersten Arbeitsmarkt erreichen können,  
38 brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, einen öffentlich geförderten  
39 Beschäftigungssektor.

40 Wir wollen allen arbeitsfähigen Menschen eine Teilhabe am Arbeitsleben garantieren. Wir  
41 wollen einen fördernde und präventiv wirkende Sozialpolitik verbinden mit einem  
42 inklusiven Arbeitsmarkt, persönlicher Sicherheit, Aufstiegschancen und Durchlässigkeit.  
43 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik verhindert, dass Beschäftigte  
44 wegen gesundheitlicher Probleme oder fehlender bzw. nicht mehr aktueller Qualifikation  
45 aus dem Arbeitsleben herausfallen. Wir sehen die Sozialversicherungen als Partner, die  
46 die Beschäftigten bei Umbrüchen in ihrem Arbeitsleben beraten und unterstützen. Mit der  
47 Stärkung von Prävention und Rehabilitation als zentrale Aufgabe Rentenversicherung  
48 haben wir diesen Weg in der letzten Wahlperiode ebenso begonnen wie mit der Stärkung  
49 der Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit. Diesen Weg wollen wir in  
50 der kommenden Wahlperiode fortsetzen:

- 51 • durch einen einfacheren und besseren Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen

- 52 • durch die Umsetzung einer durchgehenden Förderkette von der Prävention bis zur  
53 Nachsorge  
54 • durch die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für  
55 Arbeit und Qualifizierung und die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung  
56 zur Arbeitsversicherung.

57 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik unterstützt konkret, wenn  
58 Arbeitslosigkeit droht. Dabei gilt für uns: es ist immer besser Arbeit zu finanzieren als  
59 Arbeitslosigkeit. Dies gilt auch, wenn Beschäftigte nicht mehr gesund genug für eine  
60 Vollzeitstätigkeit in ihrem bisherigen Beruf, aber nicht unter die Erwerbsminderungsrente  
61 fallen. In diesen Fällen bleibt häufig nur eine Teilzeitbeschäftigung, um dem Betrieb die  
62 Arbeitsleistung und das Erfahrungswissen des Beschäftigten zu erhalten. Mit einer neuen  
63 Leistung der Bundesagentur für Arbeit – dem Arbeitsicherungsgeld – wollen wir  
64 zielgerichtet unterstützen. Das Arbeitsicherungsgeld soll dabei das ausfallende  
65 Arbeitsentgelt teilweise ersetzen und damit die Fortführung der Beschäftigung in  
66 Teilzeitform ermöglichen und Arbeitslosigkeit verhindern.

67  
68 Und schließlich wollen wir dort neue Beschäftigungsperspektiven eröffnen, wo Menschen  
69 ihre Arbeit verloren haben und teilweise schon lange unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit  
70 leiden. Rund zwei Drittel der Arbeitslosen werden im Rechtssystem des SGB II betreut.  
71 Ca. eine Million Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos.  
72 Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik ist es, das individuelle Förderversprechen  
73 des SGB II zu erfüllen. Jede und jeder SGB II-Leistungsbeziehende muss die individuell  
74 sinnvolle Förderung erhalten, die ihr bzw. ihm über eine Teilhabe am Arbeitsleben auch  
75 (wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

76  
77 Schon in den letzten vier Jahren haben wir viel geschafft. Wir haben die finanzielle  
78 Situation der Jobcentern verbessert. Wir haben mit dem ESF-Programm für  
79 Langzeitarbeitslose und dem Bundesprogramm Soziale Teilhabe zwei spezielle  
80 Programme für diese Zielgruppe eingeführt und durch die ABC Zentren den ganzheitlichen  
81 Förderansatz gestärkt. Wir haben die Nachbetreuung im SGB II ermöglicht und auch  
82 Weiterbildung und Qualifizierungen gestärkt.  
83 Diese gute Arbeit der letzten vier Jahre wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode  
84 fortsetzen.

#### 85 86 Eingliederungsvereinbarung – Rechte der Arbeitssuchenden stärken

87 Wir wollen, dass die Balance zwischen Fördern und Fordern verbessert wird. Wir wollen  
88 das Instrument der Eingliederungsvereinbarung und damit auch die Rechte der  
89 Arbeitslosen stärken. Mit der Eingliederungsvereinbarung soll festgelegt werden, welche  
90 Handlungen für die erwerbsfähigen Personen zumutbar sind und welche Leistungen das  
91 Jobcenter im Hinblick auf eine Eingliederung in Ausbildung und Arbeit erbringt.

#### 92 93 Zielsteuerung – nachhaltige Arbeitsmarktintegration im Blick

94 Immer noch ist der Zielsteuerungsprozess zu sehr an den arbeitsmarktpolitischen  
95 Kennzahlen ausgerichtet. Hier muss umgesteuert werden. Wir brauchen eine stärkere  
96 Ausrichtung am Ziel der sozialen Teilhabe. Nur so können wir den SGB II-  
97 Leistungsbeziehern mit ihren oft komplexen Problemlagen gerecht werden. Und nur so  
98 merken auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern, dass bei ihrer Arbeit  
99 nicht nur die Integration auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zählt, sondern auch die soziale  
100 Stabilisierung der SGB II-Leistungsbezieher eine Kernaufgabe im SGB II ist, die auch  
101 entsprechend wertgeschätzt wird.

#### 102 103 Unterstützungsleistungen bündeln

104 Um SGB II-Leistungsbeziehenden mit ihren oftmals komplexen individuellen  
105 Problemlagen erfolgreich zu betreuen und zu unterstützen sind gute und professionelle  
106 Netzwerkstrukturen vor Ort unbedingt notwendig. Jobcenter sollten daher vor Ort mit den  
107 Kommunen Vereinbarungen über die Erbringung von sozialintegrativen Leistungen  
108 abschließen. Zudem müssen sozialintegrativen Leistungen auch in den  
109 Zielvereinbarungsprozesses miteinbezogen werden. Darüber hinaus wird es bei der  
110 Betreuung oftmals notwendig werden, auf Leistungen ausserhalb des SGB II  
111 zurückzugreifen, zum Beispiel bei der Unterstützung von Alleinerziehenden sowie  
112 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Jobcenter müssen die sich dadurch vor Ort  
113 ergebenden Schnittstellen definieren und dann geeignete Konzepte zu deren Organisation  
114 entwickeln.

#### 115 Qualitätssicherung – Personal fördern, Prozesse verbessern

117 Eine zentrale Bedeutung hat die Weiterentwicklung der Beratungs- und Betreuungsqualität  
118 im SGB II. Es muss ein Qualitätssicherungsprozess erfolgen, der sowohl die Qualität des  
119 Personals als auch die Prozessqualität umfasst.

120 Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Kompetenz des Personals mit  
121 passgenauen Schulungsangeboten weiter verbessern. Dazu sollen zusätzliche finanzielle  
122 Mittel zur Verfügung gestellt werden.

123 Die derzeitige personelle und finanzielle Ausstattung der Jobcenter ist noch nicht  
124 ausreichend. Daher muss zunächst eine ehrliche Berechnung der Betreuungsschlüssel  
125 erfolgen. Das Verwaltungskostenbudget ist dann an diese sich ergebenden  
126 Personalbedarfe anzupassen. Zudem ist zu überprüfen, ob die bisherige Kopplung des  
127 kommunalen Finanzierungsanteils an die Verwaltungskosten gerade mit Blick auf die  
128 Handlungsspielräume der einzelnen Jobcenter noch sinnvoll ist.

#### 129 Für einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt

131 Gerade im SGB II müssen wir feststellen, dass es Langzeitarbeitslose mit vielen  
132 schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen gibt, die einen Einstieg auf dem ersten  
133 Arbeitsmarkt noch nicht schaffen. Aber nicht nur Langzeitarbeitslose, auch für Menschen  
134 mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, Flüchtlinge, die unsere  
135 Sprache, unsere Lebens- und Arbeitsweise nicht oder noch nicht kennen, Menschen, die  
136 aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen, weil sie dem Druck nicht mehr gewachsen sind.

137  
138 Für diese Menschen brauchen wir eine besondere Unterstützung, den  
139 sozialen/öffentlichen Arbeitsmarkt, d.h. geförderte sozialversicherungspflichtige  
140 Beschäftigungsverhältnisse mit einer – bei Bedarf – auch langfristigen Perspektive.

141  
142 Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen dann sinnvoll durch Leistungen wie  
143 beispielsweise sozialpädagogische Betreuung, Qualifizierungen, sozialintegrative  
144 Leistungen sowie gesundheitsfördernde Maßnahmen flankiert werden.

145  
146 Arbeit gibt es genug: im sozialen Miteinander, einfache Dienstleistungen, auch  
147 anspruchsvolle Arbeit.

148 Die Kommunen sind unser Partner. Wir wollen mit ihnen Felder gesellschaftlich  
149 notwendiger Arbeit definieren und dort den öffentlichen Arbeitsmarkt stärken.

150 Wir haben einen reichhaltigen Erfahrungsschatz und vielfältige Instrumente, die wir dabei  
151 nutzen können.

152 Wir wollen die Erfahrung von Ausbildungsbetrieben, Weiterbildungsträgern,  
153 Integrationsbetrieben, Werkstätten, etc. nutzen, sie stärken und ein durchlässiges System  
154 eines öffentlichen Arbeitsmarktes – auch in Richtung des Ersten Arbeitsmarktes schaffen.

155

156 Mittel aktivieren – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

157 Wir wollen lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen.

158 Um zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu mobilisieren, wollen wir den  
159 Jobcentern in Zukunft auch den Einsatz von Mitteln für Passivleistungen mittels Passiv-  
160 Aktiv-Transfers ermöglichen. Dies kann dann zum einen zur Finanzierung von  
161 Beschäftigung dienen, zum anderen sollen mittels Budgetmodell aber auch andere  
162 Aktivleistungen finanziert werden können.

163 Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche Mittel der Arbeitsförderung, der Finanzierung  
164 von Arbeitslosigkeit, der Förderung und Qualifizierung sowie welche sonstigen sozialen  
165 Leistungen (Eingliederungshilfe, etc.) zur Finanzierung eines öffentlichen  
166 Beschäftigungssektors herangezogen werden können.

167

168

169 Wir wollen Teilhabe über gute Arbeit statt „pay and forget“. Jeder Mensch hat einen Platz  
170 in Wirtschaft und Gesellschaft, an dem er oder sie gebraucht wird. Wir machen uns auf  
171 den Weg diesen Platz zu finden.

172